5. 1. Findet der § 266 Abs. 4 St.P.D. Anwendung in dem sog. objektiven Verfahren des § 477 St.P.D.?
2. Welche Anforderungen stellt der § 266 Abs. 4 St.P.D. an die Begründung des Urteils?
3. Dürfen zur Feststellung von Tatsachen Abbildungen in die Urteilsurschrift eingeklebt werden?

I. Straffenat. Ur. v. 12. Dezember 1907, betr. Einziehung von Abbildungen, Artikeln und Inseraten der Zeitschrift S. I 708/07.

I. Landgericht München I.

Der Staatsanwalt hatte gemäß §§ 41. 42. 184 Nr. 1 und 3 St.G.B.'s beantragt, bestimmte Teile der Zeitschrift S., insbesondere gewisse Abbildungen und Aufsätze, unbrauchbar zu machen. Dieser Antrag ist in dem angefochtenen Urteile abgelehnt. Auf Revision des Staatsanwalts ist das Urteil aufgehoben worden, im wesentlichen aus folgenden

Gründen:

Von den „Abbildungen“ findet sich je ein Abzug in einer dem Urteile beigegeführten „Anlage I“ eingeklebt. Darüber, was durch die Abbildungen dargestellt wird und welchen geistigen Inhalt sie für den Beschauer haben, ist im Urteile nichts gesagt. Die „Artikel“ sind in einer „Anlage II“ zum Urteile im Wortlaute wiedergegeben. . . . Ohne sich in tatsächlicher Hinsicht irgendwie weiter auszusprechen, erklärt die Strafkammer die „in Anlage I und Anlage II des Urteils zusammengestellten Abbildungen und Artikel“ als nicht unzüchtig, weil „durch sie das allgemeine Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung nicht verletzt werde, sie auch weder geeignet noch dazu bestimmt seien, einen geschlechtlichen Reiz beim Leser oder Beschauer auszulösen“.

Die Revision des Staatsanwalts macht geltend, daß diese Begründung ein Urteil und nicht die Feststellung einer Tatsache sei und daß es erforderlich gewesen wäre, die Gründe anzugeben, die zu diesem Urteile geführt haben. Weiter wird gesagt, daß die Beurteilung, welche das Gericht den Abbildungen und Artikeln angedeihen lasse, dem Inhalte nicht gerecht werde und gegen § 184 Nr. 1 St.G.B.'s verstoße, und zum Nachweis hierfür wird die Auffassung des Staatsanwalts von dem tatsächlichen Inhalte der Abbildungen und „Artikel“ dargelegt und eine rechtliche Erörterung damit verbunden. In dem Revisionsvorbringen muß sowohl die Rüge einer Verletzung des § 184 Nr. 1 St.G.B.'s als die einer Verletzung des § 266 Abs. 4 St.P.D., der hier entsprechend zur Anwendung zu kommen hat, erblickt werden, obschon die letztere Gesetzesstelle nicht ausdrücklich als verletzt bezeichnet ist. Es wird der Mangel der erforderlichen Begründung in einer bestimmten Richtung gerügt, und damit ist nach Lage der Sache die Rüge aus § 266 Abs. 4 St.P.D. erhoben. Wenn der Staatsanwalt zwecks rechtlicher Erörterungen den tatsächlichen Inhalt der Abbildungen (freilich nur in allgemeinen Umrissen) in einer seiner Auffassung entsprechenden Weise wiedergibt, so kann ihm zwar das Revisionsgericht, soweit es sich um die rechtliche Nachprüfung handelt, gemäß § 376 St.P.D. nicht folgen; aber jedenfalls lassen die Ausführungen des Staatsanwalts deutlich erkennen, daß er eben in der von ihm selbst ergänzten Richtung einen Mangel der Urteilsgründe für gegeben hält.

Der Revision ist zuzugeben, daß der gerügte prozeßrechtliche Mangel besteht und daß das Urteil außerdem auch Anlaß zu der Vermutung gibt, es beruhe auf Rechtsirrtum.

Daß der § 266, Abs. 4 St. P. O. auch in dem hier vorliegenden „Verfahren bei Einziehungen“ (6. Buch, 5. Abschn. St. P. O.) zur Geltung kommen muß, ergibt sich deutlich aus den für dieses Verfahren gegebenen Vorschriften der §§ 478 und 479. In § 478 ist angeordnet, daß „die Verhandlung in einem Termine erfolgt, auf welchen die Bestimmungen über die Hauptverhandlung entsprechende Anwendung finden“, und der § 479 spricht sich darüber aus, wem „die Rechtsmittel gegen das Urteil“ zustehen sollen. Zu den im § 478 erwähnten Bestimmungen über die Hauptverhandlung (2. Buch, 6. Abschn. St. P. O.) gehören insbesondere auch der § 259, der Anordnungen über den Abschluß der Hauptverhandlung durch Erlassung des Urteils und über die Fassung des entscheidenden Teiles des Urteils trifft, und der die Begründung des Urteils regelnde § 266. Durch § 479 ist außer Zweifel gestellt, daß er die entsprechende Anwendung des § 259 voraussetzt und daß der „Termin“ des § 478 ebenso wie die „Hauptverhandlung“ des § 259 mit Erlassung eines Urteils schließen soll, und es bedarf keiner weiteren Erörterung, daß dieses Urteil beim Fehlen eines Angeklagten nicht auf Freisprechung oder Verurteilung lauten kann, sondern daß es statt dessen, entsprechend dem Gegenstande des Verfahrens, auf Ablehnung des staatsanwaltshaftlichen Antrags oder ihm stattgebend auf Einziehung (Vernichtung oder Unbrauchbarmachung) zu lauten hat. Wie aber solchermaßen für den entscheidenden Teil des Urteils im sog. objektiven Verfahren die entsprechende Anwendung des § 259 St. P. O. klar zutage liegt, so muß notwendig für die Begründung des Urteils auch der § 266 St. P. O. entsprechend zur Geltung kommen. Durch die Vorschriften des § 266 wird für die in § 259 behandelte Erlassung von Urteilen die allgemeine Vorschrift des § 34 St. P. O. ergänzt, und es ist kein irgendwie in das Gewicht fallender Grund ersichtlich, nach welchem für Urteile, die im sog. objektiven Verfahren ergehen und gegen die dieselben Rechtsmittel zulässig sind, wie gegen die Urteile des § 259, etwa die allgemeine Vorschrift des § 34 genügen sollte. Für den vorliegenden Fall ergibt sich daraus, daß das auf Ablehnung des staatsanwaltshaftlichen Antrags lautende

Urteil nach Maßgabe der für freisprechende Urteile gegebenen Vorschrift des § 266 Abs. 4 St.P.D. zu begründen ist.

„Der § 266 Abs. 4 St.P.D. fordert von den Gründen des freisprechenden Urteils zum mindesten einerseits ein klares und bestimmtes Auseinanderhalten der tatsächlichen und der rechtlichen Gesichtspunkte, andererseits in tatsächlicher Beziehung eine deutliche Bezeichnung derjenigen Tatumsstände, welche das erkennende Gericht als nicht erwiesen erachtet, und in rechtlicher Hinsicht eine bestimmte Hervorhebung des Rechtsgrundes, welcher für die Entscheidung bestimmend gewesen ist“ (Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 5 S. 225 [227]). Das Urteil hat also gegebenenfalls nicht nur alle für die Entscheidung maßgebenden rechtlichen Gesichtspunkte anzuführen, sondern muß sich auch über die tatsächlichen Grundlagen seiner rechtlichen Ausführungen aussprechen, und nach dem Wesen und Zwecke der Urteilsgründe muß dies in beiden Richtungen in einer Weise geschehen, welche eine zuverlässige Nachprüfung der auf die festgestellten Tatsachen gegründeten rechtlichen Ausführungen ermöglicht (Entsch. w. o. Bd. 3 S. 147, Bd. 13 S. 30 [35]).

Diesen Anforderungen ist im vorliegenden Falle zunächst bezüglich der „Abbildungen“ nicht dadurch entsprochen, daß diese in ihrer natürlichen Erscheinung in das Urteil eingeklebt worden sind und im übrigen die Begründung sich auf eine allgemein gehaltene Verneinung der Begriffsbestimmung des Unzüchtigen beschränkt. In erster Linie wird die nach dem Ausgeführten erforderliche tatsächliche Grundlage der Urteilsbegründung durch ein derartiges Einkleben nicht geboten. Das Urteil ist eine Willenserklärung des Richters, die er nach Maßgabe seiner aus dem Inbegriffe der Verhandlung geschöpften Überzeugung (§ 260 St.P.D.) und der damit verbundenen rechtlichen Erwägungen abzugeben hat. Eine solche Willenserklärung kann sich, gleich der ihr zugrunde liegenden gedanklichen Prüfung der zu entscheidenden tatsächlichen und rechtlichen Fragen, ihrem Wesen nach nicht in der bloßen Vorstellung körperlicher Dinge, sondern muß sich in den abstrakten Begriffen der Sprache bewegen, und auch nur durch das Mittel der Sprache ist es möglich, das Urteil nach Vorschrift des Gesetzes (§§ 267, 275 St.P.D.) zu verlesen oder mündlich zu verkünden und seine Gründe schriftlich so festzustellen, daß der Gedankengang und die Willens-

meinung des Richters ohne weiteres deutlich und verständlich zum Ausdrucke gebracht werden. Bei der schriftlichen Abfassung des Urteils mag es zulässig und unter Umständen sogar wünschenswert erscheinen, zur Verdeutlichung der sprachlichen Darstellung Zeichnungen oder Abbildungen ein- oder beizufügen, namentlich wenn es sich um die Beschreibung und die Erweckung der Vorstellung von rein körperlichen Dingen und Vorgängen handelt, wie dies bei Warenzeichen, Patent-sachen u. dgl. der Fall zu sein pflegt; niemals aber darf durch Zeichnungen oder Abbildungen die sprachliche Darlegung der Urteilsgründe ersetzt werden, und es ist dies insbesondere dann ausgeschlossen, wenn Geschehnisse des menschlichen Lebens in Frage kommen, bei denen neben äußeren Vorgängen die darin liegende Betätigung des menschlichen Willens für die Beurteilung von entscheidender Bedeutung ist. Abbildungen, wie solche im gegebenen Falle der richterlichen Würdigung unterworfen sind, stellen sich als die Verkörperung einer Gedankens- und Willensäußerung eines — wenn auch nur hinzugedachten — Urhebers dar, und es ist die Aufgabe des Richters, auf dem Wege der Auslegung zu prüfen und festzustellen, welchen gedanklichen Inhalt die Darstellungen solcher Abbildungen für den Beschauer haben, und insbesondere auch, welchen Zweck die den Abbildungen anhaftenden äußeren Umstände erkennen lassen (Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 24 S. 365 [368]). Über die Erfüllung dieser Aufgabe hat der Richter, soweit es zur Darlegung des tatsächlichen Teiles der Urteilsgründe erforderlich ist, im Urteile Aufschluß zu geben, und daher kann es nicht genügen, die Abbildungen in das Urteil einzukleben und sie so anderen zur Besichtigung und Auslegung vorzuzeigen, sondern es muß der Richter selbst im Urteile über das Ergebnis seiner Erwägungen sich aussprechen. Dabei ist auf alle Einzelheiten, welche für die Entscheidung von Bedeutung sein können, einzugehen, und in Anknüpfung an diese tatsächlichen Einzelheiten hat der Richter dann auch seine Rechtsauffassung im besonderen und nicht nur durch eine einem bloßen Schuldig oder Nichtschuldig gleichkommende allgemeine Bejahung oder Verneinung eines Rechtsbegriffes, wie im vorliegenden Falle geschehen, darzulegen. Nur so kann für den Revisionsrichter eine zur rechtlichen Nachprüfung geeignete Urteilsbegründung geschaffen werden; nicht aber ist es angängig, ihm die tatsächliche Auslegung einer Ab-

bildung anheim zu geben und ihn nicht nur über die tatsächlichen, sondern auch über die rechtlichen Gesichtspunkte, welche im einzelnen für die Entscheidung maßgebend gewesen sind, im unklaren zu lassen.

Die Begründung des angefochtenen Urteils ist daher in tatsächlicher wie in rechtlicher Hinsicht für ungenügend und den Anforderungen des § 266 Abs. 4 St.ß.O. nicht entsprechend zu erachten, und zwar zunächst jedenfalls insoweit, als sie sich auf die „Abbildungen“ bezieht.

Über auch bezüglich der sog. „Artikel“ ergibt sich aus ähnlichen Gründen die gleiche Mangelhaftigkeit des Urteils, denn nach Lage der Sache hätte auch der Sinn dieser „Artikel“ einer tatsächlichen Auslegung bedurft, und in rechtlicher Hinsicht ist dasselbe zu sagen wie bei den Abbildungen. . . .